

Allgemeinverfügung zur Festlegung des Kreisgebietes als Sperrgebiet
zum Schutz gegen die Blauzungenkrankheit

Nach amtlicher Feststellung der Blauzungenkrankheit - Serotyp 8 (Bluetongue-disease-Virus - BTV-8) - in einem Betrieb in der Gemeinde Ottersweier im Landkreis Rastatt und öffentlicher Bekanntmachung des Seuchenausbruchs durch das Landratsamt des Landkreises Rastatt, erlässt das Landratsamt Biberach als untere Tiergesundheitsbehörde folgende

Allgemeinverfügung

1. Das gesamte Kreisgebiet des Landkreises Biberach wird zum Sperrgebiet erklärt.
2. Für das Sperrgebiet wird folgendes angeordnet:
 - 2.1 Wer Wiederkäuer im Kreisgebiet hält, hat die Haltung und den Standort der Tiere (insbesondere Stall, Weide, Triebweg) unverzüglich dem Landratsamt Biberach, Kreisveterinäramt, Rollinstraße 17, 88400 Biberach, anzuzeigen. Dies gilt nicht, wenn die Tierhaltung bereits unter einer Viehverkehrsverordnungsnnummer im Kreisveterinäramt Biberach registriert ist.
 - 2.2 Krankheitsanzeichen, die einen Ausbruch der Blauzungenkrankheit befürchten lassen, sind sofort dem Landratsamt Biberach, Kreisveterinäramt, Rollinstraße 17, 88400 Biberach anzuzeigen (siehe unten die Erläuterungen in Nr. 2 der informatorischen Hinweise).
 - 2.3 Das Verbringen von Wiederkäuern, Embryonen, Samen und Eizellen aus dem Sperrgebiet ist grundsätzlich verboten. Dies gilt nicht für geimpfte, empfängliche Tiere, sowie deren Embryonen, Samen und Eizellen, soweit sie die Bedingungen des Artikels 8 der Verordnung (EG) Nr. 1266/2007 erfüllen und für Tiere, die zur unmittelbaren Schlachtung bestimmt sind, soweit die Bedingungen des Artikels 8 Abs. 4 der Verordnung (EG) Nr. 1266/2007 erfüllt sind.
Eine Ausnahmegenehmigung für die Durchfuhr von Tieren kann beim Landratsamt Biberach, Kreisveterinäramt, Rollinstraße 17, 88400 Biberach beantragt werden (siehe unten die Erläuterungen in Nr. 3 und Nr. 4 der informatorischen Hinweise).
3. Die sofortige Vollziehung der in Nr. 1, Nr. 2.1 und Nr. 2.2 getroffenen Regelungen wird angeordnet.
4. Diese Allgemeinverfügung gilt am Tag nach ihrer Veröffentlichung als bekannt gegeben. Sie endet mit Ablauf des 31. Dezember 2020, solange keine öffentliche Bekanntgabe einer Fristverlängerung erfolgt.

Begründung

A. Sachverhalt

Im Rahmen des Monitorings auf Blauzungenkrankheit (Bluetongue disease – BT) hat das Staatliche Tierärztliche Untersuchungsamt Aulendorf – Diagnostikzentrum (STUA – DZ) bei einem Rind aus einem Betrieb in Ottersweier im Landkreis Rastatt am 05.12.2018 ein nicht sicher negatives Laborergebnis bezüglich BTV-8 festgestellt. Das Rind hatte keine Krankheitsanzeichen gezeigt. Abklärungsuntersuchungen im Friedrich-Loeffler-Institut, dem Nationalen Referenzlabor für Blauzungenkrankheit, haben dieses Ergebnis bestätigt. Nachproben von Rindern aus dem betroffenen Betrieb haben weitere positive Nachweise von Virusgenom erbracht.

Nach amtlicher Feststellung des Ausbruchs der BT in diesem Betrieb hat der Landkreis Rastatt den Ausbruch der BT öffentlich bekanntgegeben.

Die BT ist eine virusbedingte, hauptsächlich akut verlaufende Krankheit der Schafe und Rinder. Daneben sind auch Ziegen, Neuweltkameliden und Wildwiederkäuer für die BT empfänglich. Sowohl das EU-Recht als auch das nationale Recht zur Bekämpfung der BT definiert als empfängliche Tierarten die Wiederkäuer. Kamelartige sind im Geltungsbereich der Verordnung zum Schutz gegen die Blauzungenkrankheit und des EU-Rechts nicht mit inbegriffen, obwohl diese ebenso empfänglich für BTV sind. Die Maßnahmen laut dem EU-Recht gelten lediglich für empfängliche Arten.

Der Erreger der BT ist für den Menschen nicht gefährlich.

Die Krankheit wird durch Stechmücken der Gattung Culicoides (= Gnitzen) übertragen. Daher tritt die BT saisonal verstärkt in der warmen Jahreszeit bei feuchtwarmem Wetter auf. Die Gnitzen fallen vor allem zwischen Abend- und Morgendämmerung Tiere im offenen Gelände an.

In Frankreich wurden seit 2016 immer wieder Fälle der BTV-8, vereinzelt auch BTV-4 festgestellt. In 2018 waren dies bis zum 4. Dezember bereits 666 Fälle. Auch andere europäische Länder wie Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Zypern und die Türkei melden Ausbrüche der BT, verursacht durch unterschiedliche Serotypen.

In der Schweiz wurde seit September 2018 in 60 Betrieben BTV-8 bei Rindern und Schafen nachgewiesen. Es handelte sich um 17 klinische Verdachtsfälle sowie um 43 Betriebe, die im Rahmen des jährlichen Untersuchungsprogramms auffällig wurden.

B. Rechtliche Gründe

Die Allgemeinverfügung erfolgt aufgrund von § 5 der Verordnung zum Schutz gegen die Blauzungenkrankheit in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 2015 (BGBl. I S. 1095) (BlauzungenV) und § 1 der EG-Blauzungenbekämpfung-Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 2015 (BGBl. I S. 1098), die durch Artikel 5 der Verordnung vom 3. Mai 2016 (BGBl. I S. 1057) geändert worden ist, in Verbindung mit §§ 38 Absatz 11 und 6 Absatz 1 des Tiergesundheitsgesetzes vom 27. November 2018 (BGBl. I S. 1939) (TierGesG).

Nach § 2 Absatz 2 Satz 1 und § 4 Absatz 1 des Tiergesundheitsausführungsgesetzes (TierGesAG) in der Fassung vom 19. Juni 2018 (GBl. S. 223) ist das Landratsamt Biberach als untere Tiergesundheitsbehörde sachlich und örtlich zuständige Behörde für den Erlass dieser Allgemeinverfügung.

Die Zulässigkeit einer öffentlichen Bekanntgabe der Allgemeinverfügung beruht auf § 41 Absatz 3 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für Baden-Württemberg (LVwVfG) vom 21. Juni 1977, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GBl. S. 809) in Verbindung mit § 7 Satz 2 TierGesAG.

Zu den rechtlichen Gründen der einzelnen Anordnungen:

Zu Nr. 1:

Nach Feststellung der BT ist gemäß § 5 Absatz 4 der BlauzungenV in Verbindung mit § 38 Absatz 11 und § 6 Absatz 1 Nummer 18 TierGesG das Gebiet um den betroffenen Betrieb mit einem Radius von mindestens 100 Kilometern als Sperrgebiet sowie um das Sperrgebiet in einer Tiefe von 50 Kilometern als Beobachtungsgebiet festzulegen.

Damit entsteht ein zusammenhängendes Restriktionsgebiet, bestehend aus dem Sperrgebiet und Beobachtungsgebiet, mit einem Gesamtradius von mindestens 150 km um den betroffenen Betrieb. Das Restriktionsgebiet umfasst demzufolge das gesamte Gebiet des Landes Baden-Württemberg und damit auch den Landkreis Biberach. Er reicht zudem bis in angrenzende Länder (Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen) und die Nachbarländer Frankreich und die Schweiz hinein. Die Nachbarländer Frankreich und die Schweiz haben ihre Landesgebiete wegen BT-Feststellungen in den vergangenen Jahren bereits zu 150-km-Restriktionsgebieten erklärt; für diese Länder ändert sich durch die BT-Feststellung im Landkreis Rastatt daher nichts.

Mit der Festlegung von Restriktionsgebieten sind Verbringungsverbote für empfängliche Tiere sowie deren Sperma, Eizellen und Embryonen aus dem Sperrgebiet in das Beobachtungsgebiet, aber auch in das freie Gebiet, verbunden. Der Handel mit empfänglichen Tieren, Sperma, Eizellen und Embryonen von einer Art des Restriktionsgebiets in die andere (das heißt von Sperrgebiet in das Beobachtungsgebiet) wird auch innerhalb Baden-Württembergs dadurch erheblich erschwert.

Innerhalb ein und desselben Restriktionsgebietes (innerhalb des Sperrgebiets oder innerhalb des Beobachtungsgebiets) ist - bezogen auf einen bestimmten Serotyp (hier BTV-8) - der Handel mit empfänglichen Tieren, die aus einem Betrieb stammen, der im Hinblick auf BT nicht seuchenverdächtig ist, vergleichsweise ungestört möglich.

Entstehen innerhalb ein und desselben Restriktionsgebietes im Gegensatz zum Handel innerhalb verschiedener Restriktionsgebieten (Sperrgebiet und Beobachtungsgebiet) erheblich erhöhte Handelshemmnisse, erweist es sich im Hinblick auf das Gebot der Verhältnismäßigkeit als milderer Mittel, die Ermächtigung zur Festlegung von „mindestens“ 100 Kilometer als Sperrgebiet (§ 5 Absatz 4 Nummer 1 BlauzungenV) zum Anlass zu nehmen, ein einziges Restriktionsgebiet als

Sperrgebiet mit einem Radius um den betroffenen Betrieb festzulegen, der das gesamte Staatsgebiet des Landes-Baden-Württemberg umfasst (ca. 170 km). Diese Regelung beeinträchtigt den Handel mit empfänglichen Tieren, Sperma, Eizellen und Embryonen am wenigsten.

Da damit das Beobachtungsgebiet um das Sperrgebiet in Baden-Württemberg das Staatsgebiet anderer Länder und ausländischer Staaten erfasst, ist mit Rücksicht auf das Territorialitätsprinzip eine Regelung zum Beobachtungsgebiet weder zulässig noch erforderlich.

Erfasst das Sperrgebiet um den Landkreis Rastatt das gesamte Land Baden-Württemberg, so haben nach § 4 Absatz 2 TierGesAG alle unteren Tiergesundheitsbehörden einen ihr Stadt- und Landkreisgebiet voll umfassenden Sperrbezirk als Anschlusszone durch Allgemeinverfügung mit grundsätzlich gleichartigen Regelungen festzulegen. Das zu diesem Vorgehen erforderliche Einvernehmen der Regierungspräsidien als höhere Tiergesundheitsbehörden und des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz als oberste Tiergesundheitsbehörde (§§ 4 Absatz 3, 2 Absatz 1 Nummer 1 und 2 TierGesAG) liegt vor.

Zu Nr. 2.1:

Gemäß § 6 der BlauzungenV hat derjenige, der empfängliche Tiere in einem Restriktionsgebiet hält, dies der zuständigen Behörde anzuzeigen, sobald die BTV-8 amtlich festgestellt ist und das Restriktionsgebiet bekannt gegeben worden ist. Dabei ist auch der jeweilige Standort (insbesondere Stall, Weide, Triebweg) mitzuteilen.

Zu Nr. 2.2:

Die BT ist in allen EU-Mitgliedstaaten anzeigepflichtig. Es besteht die Pflicht zur Anzeige auf Grund § 4 Absatz 1 TierGesG. Krankheitsanzeichen, die einen Ausbruch der BTV-8 befürchten lassen, ähneln Symptomen der Maul- und Klauenseuche. Daher kommt der Abklärung dieser Verdachtsfälle eine besondere Bedeutung zu.

Zu Nr. 2.3:

Das Verbringungsverbot zum Schutz gegen die Verschleppung der Blauzungenkrankheit ergibt sich aus § 1 der EG-Blauzungenbekämpfung-Durchführungsverordnung. Danach ist das Verbringen empfänglicher Tiere aus einer Sperrzone (in dieser Allgemeinverfügung gemäß der BlauzungenV als „Sperrgebiet“ bezeichnet) grundsätzlich verboten. Für empfängliche, geimpfte Tiere, sowie deren Embryonen, Samen und Eizellen sind Ausnahmen vorgesehen. Die Bedingungen des Artikels 8 der Verordnung (EG) Nr. 1266/2007 sind hierbei zu erfüllen. Tiere, die zur unmittelbaren Schlachtung bestimmt sind und in deren Herkunftsbetrieb innerhalb von mindestens 30 Tagen kein Fall von Blauzungenkrankheit aufgetreten ist, sind vom Verbringungsverbot aus dem Restriktionsgebiet ausgenommen, soweit das Landratsamt Biberach, Kreisveterinäramt, die geplante Verbringung der für den Schlachthof zuständigen Behörde gemäß Artikel 8 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1266/2007 mindestens 48 Stunden vor der Verladung gemeldet hat.

Für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für die Durchfuhr von Tieren ist Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1266/2007 maßgebend.

Zu Nr. 3:

Die sofortige Vollziehung der Anordnungen Nr. 1, Nr. 2.1 und Nr. 2.2 wird nach pflichtgemäßem Ermessen auf Grund von § 80 Absatz 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) angeordnet. Danach kann ein Verwaltungsakt sofort vollzogen werden, wenn ein öffentliches Interesse hieran besteht.

Bei der BT handelt es sich um eine anzeigepflichtige Tierseuche, deren Ausbruch mit hohen wirtschaftlichen Schäden durch weitreichende Handelsrestriktionen einhergeht. Die Maßnahmen zum Schutz vor der Verschleppung der Seuche müssen daher sofort und ohne eine zeitliche Verzögerung greifen. Es kann nicht abgewartet werden, bis die Rechtmäßigkeit der amtlichen Verfügung zur Prävention der Seuchenverschleppung im Rahmen eines Widerspruchsverfahrens oder eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens überprüft wird. Insoweit überwiegt das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung ein entgegenstehendes privates Interesse an der aufschiebenden Wirkung eines eventuellen Widerspruchs.

Der Wegfall der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs gegen die Anordnung Nummer 2.3 (Verbringungsverbot) bedarf keiner gesonderten behördlichen Anordnung, da dieser Wegfall bereits gesetzlich angeordnet ist (§ 37 Satz 1 Nummer 3 TierGesG).

Zu Nr. 4:

Um die Rechtswirksamkeit dieser Allgemeinverfügung im Hinblick auf eine rasche Tierseuchenbekämpfung möglichst schnell zu bewirken, wurde in Ausübung pflichtgemäßen Ermessens der Zeitpunkt der Bekanntgabe nach § 41 Absatz 4 Satz 4 LVwVfG bestimmt.

Zu Nr. 1 bis Nr. 4:

Mangels Erforderlichkeit wurde aufgrund § 5 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 BlauzungenV unter Berücksichtigung des Gebots der Verhältnismäßigkeit von weiteren Maßnahmen nach § 3 Absatz 1 BlauzungenV abgesehen, da keine Belange der Tierseuchenbekämpfung entgegenstehen.

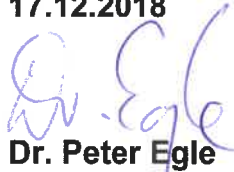
Rechtlicher Hinweis

Die Allgemeinverfügung und ihre Begründung kann nach § 41 Absatz 4 Satz 2 Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) von jedermann, der als Betroffener der Verfügung in Betracht kommt, während der Dienstzeiten im Dienstgebäude des Landratsamtes Biberach, Kreisveterinäramt, Rollinstraße 17, 88400 Biberach, eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Landratsamt Biberach mit Sitz in Biberach an der Riß (Rollinstraße 9, 88400 Biberach an der Riß) Widerspruch eingelegt werden.

17.12.2018



Dr. Peter Egle
Leiter des Kreisveterinärarnates Biberach

Informatorische Hinweise

1. Das Formular zur Anzeige nach Nr. 2.1 dieser Allgemeinverfügung, ist auf der Internetseite des Landkreises, Landratsamt, Kreisveterinäramt, Formulare Center, „Registrierungsantrag für Tierhalter“ als Download erhältlich. Eine Anzeige ist nicht notwendig, wenn die Tierhaltung bereits beim Kreisveterinäramt Biberach unter einer Viehverkehrsverordnungsnummer, registriert ist.
2. Zu den Krankheitsanzeichen wird auf folgendes hingewiesen:
Die Erkrankung ist insbesondere durch eine Entzündung der Schleimhäute (Lippen, Maulschleimhäute, Euter und Zitzen), Gefäßstauungen, Schwellungen und Blutungen gekennzeichnet. Meist erkranken Schafe schwerer als Rinder und Ziegen. Erste Anzeichen einer akuten Erkrankung sind erhöhte Körpertemperatur, Apathie und Absonderung von der Herde. Bald nach dem Anstieg der Körpertemperatur schwellen die geröteten Maulschleimhäute an. Es kommt zu vermehrtem Speichelfluss und Schaumbildung vor dem Maul. Die Zunge schwillt an und kann aus dem Maul hängen. An den Klauen rötet sich der Kronsaum und schmerzt. Die Tiere können lahmen und bei trächtigen Tieren kann die Krankheit zum Abort führen. Die klinischen Symptome bei Rindern sind Entzündungen der Schleimhäute im Bereich der Augenlider, der Maulhöhle, der Zitzenhaut und Genitalien. Zudem treten Ablösungen von Schleimhäuten im Bereich der Zunge und des Mauls sowie Blasen am Kronsaum auf. Diese klinischen Erscheinungen ähneln somit Symptomen der Maul- und Klauenseuche (siehe auch Merkblatt auf der Homepage STUA-DZ). Bei der Anzeige nach Nr. 2.2 der Verfügung ist § 4 TierGesG in Verbindung mit § 11 TierGesAG zu beachten.
3. Empfängliche, geimpfte Tiere, deren Embryonen, Samen und Eizellen können, soweit Sie die Bedingungen des Artikels 8 der Verordnung (EG) 1266/2007 erfüllen, ohne Ausnahmegenehmigung aus dem Sperrgebiet verbracht werden. **Aktuelle Informationen über die zu erfüllenden Bedingungen können auf der Internetseite des Landkreises Biberach, Landratsamt, Kreisveterinäramt, „Aktuelle Meldungen“ abgerufen werden.**
Auskünfte zu den Ausnahmegenehmigungen für die Durchfuhr von Tieren erteilt das Landratsamt Biberach, Kreisveterinäramt, Rollinstraße 17, 88400 Biberach.
4. Tiere, die zur unmittelbaren Schlachtung bestimmt sind und in deren Herkunftsbetrieb innerhalb von mindestens 30 Tagen kein Fall von Blauzungenkrankheit aufgetreten ist, sind vom Verbringungsverbot aus dem Restriktionsgebiet ausgenommen, soweit das Landratsamt Biberach, Kreisveterinäramt, die geplante Verbringung der für den Schlachthof zuständigen Behörde gemäß Artikel 8 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1266/2007 mindestens 48 Stunden vor der Verladung gemeldet hat. Aktuelle Informationen und einen Meldebogen finden Sie auf der Internetseite des Landkreises Biberach, Landratsamt, Kreisveterinäramt, „Aktuelle Meldungen“.
5. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass vorsätzliche oder fahrlässige Verstöße gegen die Anordnungen dieser Allgemeinverfügung Ordnungswidrigkeiten darstellen, die mit einem Bußgeld geahndet werden können.